

Die Konjunktur gibt Rätsel auf. Niemand vermag heute zuverlässig zu sagen, wohin die Reise geht. Mehr spricht freilich dafür, daß die Wachstumsschwäche des Winterhalbjahres überwunden und auch in diesem Jahr ein reales, wenn auch bescheidenes Wachstum des Sozialprodukts erreicht werden kann. Die Konjunktur ist besser als ihr Ruf. Für ihr Abgleiten in eine Stagnation oder gar eine Rezession gibt es jedenfalls keine Anzeichen. Aber die Politiker werden ungeduldig. Sollten sich die Konjunkturdaten bis zum Juli, wenn die Entscheidungen über Haushalt und mittelfristige Finanzplanung fallen, nicht deutlich verbessern, so wird eine breite politische Diskussion über zusätzliche stimulierende Maßnahmen nicht zu vermeiden sein, auch wenn der finanzielle Spielraum dafür schon weitgehend mit den Entscheidungen über Steuerentlastungen ausgeschöpft ist.

Wird das Wachstum bei nur einem Prozent liegen?

Daran wird dann auch die Tatsache nichts ändern, daß fast alle Sachverständigen ein Anhalten des Wachstumstrends prognostizieren. Umstritten ist derzeit nur die Höhe der zu erwartenden Wachstumsrate. Nachdem zum Jahresanfang noch auf eine Rate von mehr als zwei Prozent spekuliert worden war, bewegen sich die Schätzungen jetzt in der Spanne zwischen einem und allenfalls zwei Prozent. Die Bundesregierung bleibt auf der optimistischeren Linie, auch wenn sie das Wachstumsziel inzwischen von 2,5 auf 1,8 Prozent zurückgenommen hat. Am Ende des Jahres dürfte man wohl ein Plus von nur etwa einem Prozent bilanzieren, nachdem es im ersten Vierteljahr dieses Jahres ein Minus von einem Prozent gegeben hat.

Konjunktur-Rätsel noch nicht gelöst

Wachstumskräfte überwiegen – Finanz- und Arbeitsmarktprognosen werden ungünstiger

In den ersten Monaten dieses Jahres haben die dämpfenden Einflüsse, die von der schwächeren Exportnachfrage und dem lang anhaltenden Winter ausgingen, die expansiven Kräfte überdeckt. Die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar um fast 90 Prozent in den beiden letzten Jahren und um knapp 20 Prozent gegenüber den 14 wichtigsten Industrieländern hat nicht nur die Absatzchancen und Erträge im Export verschlechtert, sondern auch die Investitionsneigung innerhalb der Bundesrepublik geschwächt. Damit war bei dem hohen Anteil des Exports am Sozialprodukt zu rechnen. Nachdem der Dollar seine Talfahrt (zunächst?) beendet hat und in der Bundesrepublik noch immer Preisstabilität herrscht, könnten sich die Aussichten im Export wieder verbessern.

Gute Nachrichten waren zuletzt Mangelware. Wenn sie jetzt kämen, so könnte sich das Konjunkturklima schlagartig verändern. In den letzten Monaten haben die Bürger viel Geld auf die hohe Kante gelegt. Wenn sie dies in den nächsten Wochen und Monaten ausgeben, so ist am

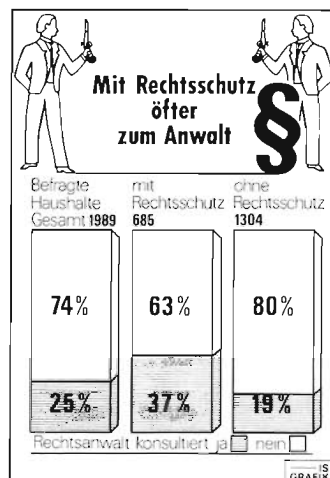
Wachstumskurs nicht zu zweifeln. Von der Finanzpolitik gehen wegen wachsender Defizite expansive Impulse aus. Die Bundesbank läßt eine überaus kräftige Vermehrung der Geldmenge zu. Das drückt auf die Zinsen am Geldmarkt. Auch der Kapitalmarkt bietet günstige Konditionen; niedrigere Zinsen sind kaum noch zu erwarten. 1988 werden abermals die Steuern gesenkt, und zwar immerhin um fast 14 Milliarden DM. Auch davon ist ein Schub bei der Nachfrage zu erwarten.

Die Belastungen aus der letzten Lohnrunde überschreiten zwar das ökonomisch vernünftige Maß; die Tarifabschlüsse tragen auch nicht zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei. Dennoch erlauben sie den Unternehmen durchweg eine zuverlässige Kalkulation und sorgen längerfristig für Arbeitsfrieden. Die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum sind also insgesamt recht günstig. Überlagert wird dieses eher freundliche Bild vor allem von den Strukturproblemen einiger Branchen und Regionen. Es genügt der Hinweis auf Koh-

le, Stahl, Werften und auf die Landwirtschaft. Die Wachstumsdelle im Winter hat natürlich auch den Gesundheitsprozeß am Arbeitsmarkt gebremst.

„Stagnation“ – aber auch leichter Hoffnungsschimmer

Eine zuversichtliche Einschätzung wird von den neuen Daten über Auftragseingang und Produktion gestützt. So hat im April die Produktion gegenüber März immerhin um 3,5 Prozent zugenommen. Bei der Industrie sind die Aufträge, preis- und saisonbedingt, gegenüber dem Vormonat um fünf Prozent gestiegen. Bei den Bestellungen aus dem Inland ergab sich ein Plus von zwei Prozent, bei den Bestellungen aus dem Ausland um 8,5 Prozent. Das läßt immerhin hoffen, auch wenn das Auftragsvolumen des Vorjahres nicht ganz erreicht wird. Eine Schwalbe macht aber bekanntlich noch keinen Sommer. Aus den jüngsten Arbeitsmarkt-Daten lassen sich weder positive noch negative Schlüsse ziehen. Ende Mai wurden 2,098 Millionen Arbeitslose registriert, 117 000 oder fünf Prozent weniger als im Vormonat, 23 000 oder ein Prozent weniger als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote ist damit von 8,8 Prozent auf 8,3 Prozent gesunken; vor einem Jahr hatte sie bei 8,5 Prozent gelegen. Die Zahlen über die Nachfrage nach Arbeitskräften weisen saisonbereinigt nach unten, die Zahlen über die Erwerbstätigkeit nahmen nur noch geringfügig zu. Alle Zahlen zusammen vermitteln das Bild einer „Stagnation“ – so der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt, Franke. ▷



Jeder vierte deutsche Privathaushalt hat während der letzten drei Jahre mindestens einmal die Leistungen eines Rechtsanwalts in Anspruch genommen. Fast doppelt so häufig wie Haushalte ohne, suchten Haushalte mit Rechtsschutzversicherung die Beratung durch einen Anwalt. Das ergab eine Untersuchung von Infratest, München, und prognos, Basel, im Auftrag des Deutschen Anwaltsvereins und des Bundesjustizministeriums. Initiiert wurde die Untersuchung der beiden Institute durch den Münchner Anwaltsverein.

Die Korrektur der Wachstumserwartungen hat Rückwirkungen auf die Haushalte der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung. So haben Bund, Länder und Gemeinden im laufenden Jahr mit Mindereinnahmen von knapp 10 Milliarden DM gegenüber der bisherigen Haushaltsplanung zu rechnen. Den Bund allein trifft es mit rund 4 Milliarden DM. Die Nürnberger Anstalt rechnet für 1987 mit einem Defizit von etwa einer Milliarde DM. Wenn zum 1. Juli die Fristen für den Bezug von Arbeitslosengeld, wie vom Bundestag bereits beschlossen, erheblich verlängert werden, so könnte sich das Defizit in der Nürnberger Kasse auf 2,4 Milliarden DM erhöhen. Die Rücklagen betragen gegenwärtig noch gut 5 Milliarden DM. Dieses Polster dürfte aber bis Ende 1988 abgeschmolzen sein. Dann müßten die Beträge erhöht werden, oder der Bund wäre zum Defizitausgleich verpflichtet.

Auswirkungen auf die Haushalte der Sozialversicherung

Die Tatsache, daß das Sozialprodukt und damit auch die Zahl der Beschäftigten langsamer wächst, als bislang angenommen wurde, schlägt sich auch auf die Haushalte der anderen Sozialversicherungszweige durch. Das gilt zum Beispiel für die Rentenversicherung. Nach neuen

Berechnungen gilt die Rentenfinanzierung zwar bis Ende 1990 als gesichert. Legt man die optimistischeren Zahlen der Bundesregierung zugrunde, so kommt man auch über das Jahr 1991 hinweg. Bislang konnte man jedoch hoffen, daß die Reserven der Rentenversicherung bis etwa 1993/94 reichen würden. Jetzt zeigt sich, daß die geplante Rentenreform doch schon 1991 greifen muß. Auch die Finanzprobleme der Krankenversicherung werden deutlich größer, wenn der Wachstumsphase nicht bald eine neue Aufschwungphase folgt.

Angesichts dieser Entwicklung überrascht es, daß starke politische Kräfte gegen die geplante Steuerreform zu Felde ziehen. Diese Aktion wird vor allem von den finanzschwachen Ländern und Kommunen sowie von jenen Parteien und politischen Gruppen getragen, die schon immer gegen eine fühlbare Milderung der Progression für die mittleren und die höheren Einkommen waren. Richtig ist sicherlich, daß die Abschwächung der Konjunktur die Finanzierung der Steuerreform erschweren wird. Die Wachstumsschwäche läßt sich jedoch nicht mit einem Verzicht auf Steuer-senkungen überwinden; die ökonomische Vernunft gebietet eine rasche Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Leistung, Innovation und Investitionen. Mit sogenannten Beschäftigungsprogrammen wäre keinem geholfen. wst

Arbeitsgerichts Iserlohn auf, das entschieden hatte, daß der Lohn nicht weiterzuzahlen sei. WB

Geldanlage – Wer seine Sparkasse beauftragt, für ihn einen größeren Geldbetrag gewinnbringend anzulegen, hat einen Schadenersatzanspruch, wenn sich anschließend herausstellt, daß der Rat zum Verlust des Geldes geführt hat (Bundesgerichtshof, IVa ZR 122/85). WB

KAPITALMARKT

VDM-Preisspiegel für Immobilien – Der Verband Deutscher Makler (VDM) hat seinen jährlichen Preisspiegel für Immobilien in der

guter oder Vorzugslage, die in Citynähe preislich an das traditionelle Einfamilienhaus rückten. Gehalten haben sich nach Auskunft des VDM dagegen – von Ausnahmen abgesehen – die Grundstückspreise. EB

	Eigentumswohnungen je m ² Wohnfläche, mittel – gut	Einfamilienhäuser freistehend, mittel – gut
München	2800–5000 DM	750 000–3 Mio. DM
Stuttgart	2800–4500 DM	650 000–1,5 Mio. DM
Köln	1900–3000 DM	285 000–450 000 DM
Hamburg	2700–3500 DM	360 000–400 000 DM

Quelle: VDM-Preisspiegel für Immobilien 1987

BRD erstellt: Nach seinen Berechnungen ergibt sich für 1987 ein Zahlenbild, das eine sich weiter nach unten sowie nach oben öffnende Schere erkennen läßt. Das Nord-Süd-Gefälle sei geblieben. Die teuersten und begehrtesten Wohnplätze seien nach wie vor Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart und München.

Vergleicht man die aktuellen Miethöhen mit vorhergehenden, so stagnieren nur wenige Städte oder geben sogar leicht nach. Fast durchweg sind die Mieten gestiegen, nicht selten um 10 oder mehr Prozent, hat der VDM errechnet. Nach alter Erfahrung sei deshalb mit einem Preisanstieg für Immobilien insgesamt zu rechnen.

Die Komfort-Eigentumswohnung wird vom VDM als „Aufsteiger“ im Immobilienmarkt der Großstädte und Ballungszentren bezeichnet. Hier zeigt sich die „Schere“ deutlich: Die Nachfrage in den oberen Kategorien zieht an, während das Interesse am schlichten Kleinappartement sinkt. Solche Objekte werden nach dem Spiegel schon zu Tiefstpreisen angeboten. Eindeutiger Favorit bleibt laut VDM das freistehende Einfamilienhaus. Der Preisspiegel zeige, daß hier die stärkste Nachfrage nach gehobenen Preislagen existierte. Ähnlich begehrt seien Reihenhäuser in

Deutsche Bank Luxembourg S. A. – Die Luxemburger Tochter der Deutschen Bank hat ihren Namen geändert. Bisherieß sie Deutsche Bank Compagnie Financière L., jetzt heißt sie Deutsche Bank Luxembourg S. A. Die Namensänderung steht auch für eine Änderung des geschäftlichen Konzepts. Beschäftigte sich das Institut bisher ausschließlich mit der Finanzierung und der Nutzung des Euro-Marktes, so wendet es sich jetzt verstärkt – dem Trend der Zeit entsprechend – den Privatkunden zu. In einem ersten Schritt werden angeboten: Geldanlage, Wertpapieranlage und Goldanlage. Gegen Ende des Jahres soll die Vermögensverwaltung hinzukommen. Anschrift: 25, Boulevard Royal, L-2449 Luxembourg. NJ

Union Investment – Rund 6,5 Millionen DM schüttete die Union-Investment für „Unirak“- sowie „Unispecial I“-Anleger im Mai für das Geschäftsjahr 1986/87 aus. Anteil-Inhaber des Mischfonds „Unirak“ erhielten pro Zertifikat eine Gesamtausüttung von 2,93 DM. Bei Unispecial I betrug die Ausschüttung je 1,53 DM. Neben speziellen Faktoren für jeden Fonds wird die im Vergleich zum Vorjahr geringere Ausschüttung mit dem schwachen Dollar und der starken DM begründet. EB

RECHT UND STEUER

Abtreibung – Arbeitgeber sind verpflichtet, den Lohn weiterzuzahlen, wenn eine Mitarbeiterin wegen eines gesetzlich erlaubten Schwangerschaftsabbruchs arbeitsunfähig krank ist (Landesarbeitsgericht Hamm, 1 SA 443/87). Die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts hebt eine Entscheidung des